

Medienmappe
zum virtuellen Mediengespräch:

Armut in Zeiten von Vielfachkrisen: Neue Anforderungen an ihre Messung und wirksame politische Bekämpfung

17. Oktober 2023, 10 Uhr

Anlässlich des Internationalen Tages für die Beseitigung der Armut (17. Oktober 2023) nimmt das von *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz* veranstaltete Mediengespräch das Thema Armutsmessung und Armutsbekämpfung aus wissenschaftlicher Perspektive in den Blick.

In den letzten Wochen hat es in der österreichischen Politik und Medienlandschaft zum Teil wenig hilfreiche Diskurse zum Thema Armut und insbesondere Kinderarmut gegeben. Grund genug, sich grundsätzlich mit der Armutsmessung auseinanderzusetzen. Spiegeln die traditionellen Armutsindikatoren diese prekäre Lebenssituation in Zeiten von Vielfachkrisen adäquat wieder? Inwieweit ermöglichen es die herkömmlichen Kennzahlen, jene Personengruppe zu identifizieren, die sozialpolitische Unterstützung benötigen? Wie kann und sollte Armut in Krisenzeiten überhaupt gemessen und dargestellt werden? Und wenn Armut „anders“ gefasst würde als bisher: welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Armutsberichterstattung? Und schließlich: welche politischen Maßnahmen helfen, Armut in Krisenzeiten (und darüber hinaus) wirksam zu bekämpfen?

Das Mediengespräch setzt an diesen Fragstellungen an und präsentiert aktuelle wissenschaftliche Befunde zu einem Thema, das gerade in den aktuellen Krisenjahren (Pandemie, Teuerung) neue Brisanz erhält. Dazu werden Erkenntnisse aus einer Forschungsarbeit von Christoph Badelt und Karin Heitzmann zum Thema Armutsmessung und Armutspolitik vorgestellt, die demnächst als Beitrag in der Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“ erscheinen werden.

Inputs:

[Christoph Badelt](#) (Fiskalrat; Sozialpolitik/WU Wien): Stärken und Schwächen der traditionellen Armutsberichterstattung und ein Vorschlag für eine multidimensionale Armutsdefinition

[Karin Heitzmann](#) (Sozialpolitik & Economics of Inequality/ WU Wien): Eckpunkte für eine wirksame Armutspolitik

Christoph Badelt

Stärken und Schwächen der traditionellen Armutsberichterstattung

These 1: Eine korrekte Schätzung des Umfangs von Armut ist nur scheinbar ein statistisches Problem, in Wahrheit geht es um politische Werturteile.

Die Verringerung oder Beseitigung von Armut ist ein **hehres politisches Ziel**, das von nahezu allen politischen Gruppen verfolgt wird – auch das Regierungsprogramm will Armutsgefährdung innerhalb der Legislaturperiode „im ersten Schritt halbieren.“ Was genau unter Armut verstanden werden soll, wird dabei meist im Dunkeln gelassen. Oft wird der in der EU übliche Begriff der „**Armutsgefährdung**“ verkürzt als „**Armut**“ dargestellt. Demnach gelten Haushalte als „armutsgefährdet“, deren (gewichtetes) Pro-Kopf-Einkommen geringer ist als 60% des mittleren Einkommens aller Haushalte Österreichs. Dies entspricht z.B. für einen Einpersonenhaushalt (2021) Euro 1.392,- pro Monat. Der Wert ist damit deutlich höher als z.B. der Ausgleichszulagenrichtsatz (2023: 1.110,26 Euro) oder die Sozialhilferichtsätze. Damit sind nicht nur alle österreichischen Mindestpensionist:innen, sondern z.B. auch alle „durchschnittlichen“ Alterspensionist:innen der Arbeiter:innen, ja überhaupt alle „durchschnittlichen“ weiblichen Alterspensionistinnen, etc. armutsgefährdet.

„*Armutsgefährdung*“ ist ein *Maß der relativen Einkommensverteilung*. Armut relativ zu messen, ist in einer Wohlstandsgesellschaft sinnvoll. Vor allem dann, wenn ohnehin (fast) jeder Mensch genug zum Leben hat, also seine Mindestbedürfnisse decken kann. Dies ist aber nach den großen Krisen der letzten Jahre (COVID, Inflation) nicht mehr automatisch der Fall. Somit geht es um die Suche nach „**absoluten**“ **Armutmaßen**, die anzeigen, dass Mindestbedürfnisse nicht erfüllt werden können. Dies drücken z.B. die Indikatoren der „**erheblichen materiellen und sozialen Deprivation**“ aus, die von der EU veröffentlicht werden. Aus diesen kann dann wirklich geschlossen werden, für wie viele Menschen es z.B. schwer möglich ist ihre Wohnung zu heizen oder jeden zweiten Tag Fleisch zu essen. Das sind aber nur **etwa 10 – 20% der Menschen, die „armutsgefährdet“** sind – je nach Indikator.

Dazu kommt, dass in Zeiten der Inflation Armutsmaße, die sich auf Einkommen beziehen, wenig Aussagekraft haben – denn dann geht es nicht um die Frage, wie viel jemand verdient, sondern wie viel sich jemand leisten kann.

Die Quintessenz ist daher, dass die Festlegung, wer arm ist und daher auch wie viele Menschen arm sind, eine rein politische Definition ist. **Verschiedene Indikatoren kommen zu völlig unterschiedlichen Bildern (siehe Tabelle)**. Völlige Objektivität ist hier unmöglich. Eine sachliche Diskussion darüber wäre wünschenswert. Eines ist aber klar: „armutsgefährdet“ ist ganz etwas anderes als „arm“.

These 2: Die aktuelle politische Diskussion zur Armut, insbesondere zur Kinderarmut, kümmert sich nicht um einen sachlichen Diskurs, sondern bezweckt primär eine pauschale Kritik am politischen Gegner oder die Verbreitung von Vorurteilen.

Diese Komplexität der Messproblematik macht es Politikern leicht, durch Unschärfen und Wortspiele das Problem der Armut lediglich zur politischen Polemik zu verwenden und damit eine ernsthafte Diskussion (und Problemlösung) zu erschweren. Da werden auf einmal **316.000 „arme“ Kinder herbeigeredet** und der Eindruck erweckt, so viele Kinder würden nichts Ordentliches zu Essen haben. Da wird der Eindruck erweckt,

dass man – um sich aus der Armut zu befreien – **nur einfach mehr arbeiten müsste**. Aussagen dieser Art sind entweder falsch oder stark verzerrt. Sie mögen dazu dienen, dem jeweiligen politischen Gegner Unfähigkeit vorzuwerfen oder Vorurteile zur sozialen Lage in Österreich zu verstärken, die nur dem Populismus dienen. Damit ist einer effektiven Bekämpfung der Armut jedoch nicht gedient. Für diese braucht es zuerst eine seriöse Diagnostik, die die vielen Gesichter sozialer Notlagen aufzeigt. Darauf aufbauend kann eine gute Politik zur Armutsbekämpfung formuliert werden, die Österreich dringend braucht.

Karin Heitzmann

Eckpunkte für eine wirksame Armutspolitik

Armut hat viele Gesichter. Eine Aufgabe der Armutsberichterstattung ist es, die vielen Gesichter der Armut abzubilden. Dies ist nur mit Hilfe einer Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren möglich. Hier ist bereits viel Arbeit geleistet worden: So ist es bereits heute möglich, vielfältige Informationen über Armut bzw. prekäre Lebenslagen – und wer davon betroffen ist – zu erhalten. Beispiele für entsprechende Kennzahlen bzw. Indikatoren finden sich in der beigefügten Tabelle, die verschiedene Dimensionen prekärer Lebenslagen von Kindern (0-17 Jahre) abbildet.

Die zahlreichen Indikatoren, mit Hilfe derer die vielen Gesichter der Armut erfasst werden sollen, sind nicht nur für die Armutsberichterstattung, sondern vor allem auch **für die Armutspolitik relevant**, da sie beispielsweise zeigen, in welchen Dimensionen besonders viele Kinder und Jugendliche von prekären Lebenslagen betroffen sind.

Generell ist es die **Aufgabe der Sozialpolitik und insbesondere der Armutspolitik**, dafür zu sorgen, dass ein gewisser Mindestlebensstandard für alle Menschen gesichert ist (**Sicherungsziel**). Darüber hinaus steht vor allem in reichen Ländern auch der Abbau von Ungleichheiten im Mittelpunkt – vor allem am unteren Rand der Verteilung (**Gerechtigkeitsziel**). Wie lassen sich diese Ziele erreichen?

Erstens plädieren wir dafür, armutspräventiven Maßnahmen den Vorzug vor armutsbekämpfenden Maßnahmen zu geben. Die Wege in die Armut bzw. ihre Ursachen sind gut erforscht. In Österreich hängt das Armutsrisiko beispielsweise von der Herkunft einer Person, ihrer (Nicht-)Erwerbsbeteiligung, ihrem Gesundheitszustand, ihrem Bildungsstatus oder dem spezifischen Haushaltstyp, in dem sie lebt, ab: individuelle Charakteristika, die strukturelle Benachteiligungen nach sich ziehen. Weil Armut auf diese strukturellen Benachteiligungen zurückgeführt werden kann, müssen diese adressiert werden. Dafür steht der Sozialpolitik bereits jetzt ein breites Spektrum an Geld-, Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung, das – vor dem Hintergrund der Vielfalt prekärer Lebenslagen – regelmäßig angepasst und ergänzt werden muss. Damit möglichst wenige Menschen ein Leben am oder unter einem Mindestlebensstandard führen müssen, kann die Relevanz eines Sozialstaates, der genau dies durch sein „Standardprogramm“ verhindert, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Zweitens plädieren wir für bedarfsorientierte Maßnahmen bei einer bereits eingetretenen Unterschreitung von Mindestlebensstandards. Trotz struktureller Benachteiligungen unterscheiden sich die einzelnen Armutsbiografien voneinander. Während in der präventiven Armutspolitik die strukturellen Benachteiligungen durch universelle Maßnahmen gut adressiert werden können, stehen in der kurativen Armutspolitik bzw. in der Armutsbekämpfung die spezifischen Gründe für die Unterschreitung des Mindestlebensstandards im Vordergrund, die es gezielt anzugehen gilt – und zwar möglichst so, dass nicht nur die Symptome der Unterschreitung des Mindestlebensstandards, sondern auch deren Ursachen adressiert werden. Dies erfordert einen personenzentrierten und ganzheitlichen Ansatz, der sich auf die Bewältigung des

Status quo konzentriert und die zukünftige Sicherung und Entwicklung berücksichtigt. Für armutspolitische Interventionen bedeutet dies eine Stärkung der sozialen Infrastruktur und der (auch aufsuchenden) sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Arbeit. Diese muss diskriminierungsfrei, niedrigschwellig und für alle, die sie benötigen, zur Verfügung stehen. Dabei erweist sich ein regionales, multiprofessionelles und einzelfallbezogenes Case-Management, wie es z.B. im Rahmen der Frühen Hilfen für die Zeit der Schwangerschaft und frühen Kindheit umgesetzt wird, als sehr effektiv.

Verschiedene Armutsindikatoren für die Gruppe der 0-17-Jährigen in Österreich, 2021/2022

| Indikatoren auf Haushaltsebene | %-Anteil | Anzahl (in 1.000) |
|---|----------|-------------------|
| In armutsgefährdetem Haushalt | 19 | 316 |
| In Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität | 5 | 77 |
| Erhebliche materielle und soziale Deprivation | 2 | 36 |
| Finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben in Höhe von € 1.300 zu tätigen | 22 | 363 |
| Finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren | 17 | 278 |
| Finanziell nicht möglich, abgenützte Möbel zu ersetzen | 12 | 194 |
| Finanziell nicht möglich, mindestens 1x im Monat Freund:innen oder Familie zum Essen/Trinken zu treffen | 8 | 136 |
| Finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen | 5 | 78 |
| Finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten | 2 | 40 |
| Wohnkostenbelastung (subj.): starke Belastung | 17 | 274 |
| Wohnkostenbelastung (obj.): Wohnkostenanteil > 40% Äquivalenzeinkom. | 7 | 111 |
| Wohnproblem: Überbelag | 16 | 254 |
| Wohnproblem: Lärm | 16 | 263 |
| Wohnproblem: Feuchtigkeit/Schimmel | 11 | 175 |

Quelle: EU-SILC 2022: Tabellen 2.3a; 3.2a; 5.3a; ; eigene Darstellung

Über die Expert:innen

(in alphabetischer Reihenfolge)

Christoph Badelt ist emeritierter o. Univ Prof. für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien; gegenwärtig auch Präsident des Fiskalrats und des österreichischen Produktivitätsrats

Karin Heitzmann ist außerordentliche Universitätsprofessorin am Institut für Sozialpolitik und Leiterin des Forschungsinstituts Economics of Inequality (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Armuts-, Sozialstaats- und Ungleichheitsforschung: karin.heitzmann@wu.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Danyal Maneka, MA

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

+43 650 30 11 27 3

maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Dr. Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 677-620 44 303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Eine Veranstaltung von Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>